

*(28)

Höheres Einkommen für Chinas Bauern

Nach vorläufigen statistischen Angaben erreichten die durchschnittlichen Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern ein Niveau von rd. 1.900 Yuan, ein Anstieg um 20% nominal und um 8% real gegenüber 1995.

Die deutliche Verbesserung der Durchschnittseinkommen wird auf die gute Getreideernte im letzten Jahr zurückgeführt, die mit 480 Mio.t um 13,5 Mio.t gegenüber 1995 zunahm. Rund 60% des Einkommens der Bauern stammen aus der Agrarproduktion; die Erhöhung der Einnahmen aus dem Verkauf von Agrarprodukten trugen zu rund der Hälfte zum gesamten Einkommensanstieg im letzten Jahr bei.

Die Anhebung der staatlichen Ankaufspreise für Getreide im letzten Jahr hat wesentlich zur Steigerung des Outputvolumens beigetragen. Für 1997 kündigte Li Tieying, Minister der Staatlichen Reformkommission, an, daß die Ankaufspreise und die Marktpreise vereinheitlicht würden, um hierdurch die Rolle des Marktes zu stärken. Allerdings würden die Provinzregierungen letztendlich den Preis für den Getreideankauf bestimmen können.

Chinesische Experten rechnen damit, daß der Einkommensanstieg der Bauern in Westchina im letzten Jahr sich dem Niveau des landesdurchschnittlichen Wachstums weiter annähern bzw. dieses erreichen wird. Die Zunahme des Einkommens der Bauern in Zentralchina werde sogar höher ausfallen als das landesdurchschnittliche Wachstum.

Selbst die Einkommen der ärmsten 592 Kreise sollen sich im letzten Jahr nachhaltig verbessert haben, und zwar um 180 Yuan auf durchschnittlich 1.000 Yuan. Weiterhin soll für rd. sieben Millionen Menschen in den ländlichen Gebieten das Problem der ausreichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln und Bekleidung gelöst worden sein.

Gute Ernteergebnisse werden vor allem auch im Maisanbau ausgewiesen. Mit einem Outputvolumen von 111,98 Mio.t bzw. einem Fünftel der Welternte zählte China zu den wichtigsten Maisproduzenten. Die Maisanbaufläche erreichte im letzten Jahr einen Umfang von 20 Mio. Hektar, das sind rd. 15% des Ackerlandes. Ungefähr 40% des Anbaus erfolgt in den östlichen Provin-

zen Shandong, Jiangsu und Henan, während 27% der Produktion auf die Provinzen Jilin, Heilongjiang, Liaoning und Hebei im Norden und Nordosten entfallen. Die Outputsteigerung war vor allem möglich aufgrund verbesserter Anbautechniken, die den Flächenenertrag auf 7.500 kg/Hektar erhöhten.

Aufgrund des verbesserten Ergebnisses wäre China nach Einschätzung des amerikanischen Agrarministeriums zum ersten Mal seit drei Jahren wieder in der Lage, Mais zu exportieren. Noch 1994 mußte China zur Sicherung der nationalen Notreserven den Export von Mais untersagen.

Neben guten Ernteergebnissen haben auch die ländlichen Unternehmen mit einem Anstieg des Outputwertes um 19,6% auf 7.600 Mrd. Yuan erfolgreich abgeschnitten. In diesen Unternehmen sind inzwischen 134 Millionen ländlicher Arbeitskräfte beschäftigt, 5,4 Millionen mehr als 1995. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 27.1.97, nach SWB, 28.1.97; FT, 28.1.97; XNA, 28.1.97; AWSJ, 7.1.97) - schü-

Taiwan

*(29)

Vatikanbesuch von Lian Zhan

Lian Zhan (Lien Chan), Vizepräsident und Ministerpräsident in Personalunion, besuchte am 14. Januar den Vatikan, wo er von Papst Johannes Paul II empfangen wurde. Der Vatikan ist der einzige Staat in Europa, der noch diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhält. Allerdings ist nach dem Ausschuß Taiwans aus der UNO im Jahre 1971 kein Botschafter mehr nach Taiwan vom Vatikan entsandt worden. Seit Jahren heißt es, der Staat Vatikanstadt bemühe sich um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VR China. Beijing verlangt jedoch wie bei allen anderen Staaten und internationalen Organisationen den Abbruch der Beziehungen zu Taiwan. Außerdem weigert sich Beijing, die katholischen Gläubigen Chinas dem Papst zu unterstellen. Auf dem chinesischen Festland gibt es schätzungsweise 7 Millionen Katholiken und in Taiwan 300.000.

Lian zufolge hat er den Papst zum Besuch in Taiwan eingeladen, worauf "positiv" reagiert worden sei. In der Vergangenheit hat der Papst bei seinen Asienreisen Taiwan immer ausgelassen. Die 35minütige Begegnung zwischen Lian und dem Papst wurde von der offiziellen Stelle des Vatikans als "private Audienz" bezeichnet. (LHB und CP, 15.1.97; FCJ, 17.1.97)

Anschließend an den Vatikanbesuch unternahm Lian am 17. Januar noch eine "private" Reise nach Irland. Dort besichtigte er das Trinity College in Dublin. Irland hat diplomatische Beziehungen mit Beijing.

Vor Europa hatte Lian zur Teilnahme an der Inauguration des nicaraguanschen Präsidenten Arnaldo Alemán am 10. Januar Managua besucht. -ni-

*(30)

Innenpolitische Turbulenzen

In Taiwan geht es zur Zeit innenpolitisch recht turbulent zu. Wie berichtet (C.a., 1996/12, Ü 25; vgl. auch das Taiwanthema in diesem Heft), haben die Regierungspartei KMT (Kuomintang) und die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) Ende Dezember 1996 auf einer parteiübergreifenden Nationalen Entwicklungskonferenz einen überraschenden Konsens über Verfassungsänderungen erzielt, u.a. auch über das "Einfrischen" der Provinzregierung Taiwan. Aus Protest gegen den Plan erklärte der Provinzgouverneur Song Chuyu (James C.Y. Soong) am 31. Dezember seinen Rücktritt. Dies wurde von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) und Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) energisch abgelehnt, weil sonst nach den noch geltenden Gesetzen eine Nachwahl für dieses Amt durchgeführt werden müßte. Nach wochenlangen Verhandlungen und Überredungsanstrengungen beendete Song am 21. Januar seinen "Urlaub" und nahm seine Arbeit wieder auf. Er erhielt die Zusage, daß zwei Jahre lang, also bis zum Ende seiner Amtsperiode, der Status der Provinzregierung nicht geändert werden würde. (LHB und ZYRB, 22.1.97)

Song betonte, daß er nicht gegen die politische Reform sei. Sein Protest habe sich darauf gerichtet, daß über seinen und der Provinzregierung Kopf hinweg entschieden worden sei. Trotz seiner Rückkehr an die Arbeit habe er seinen Rücktrittsgesuch jedoch nicht zurückge-

zogen und warte weiter auf die Genehmigung von oben. Viele Oppositionelle und Rechtswissenschaftler meinen allerdings, daß Song als von Volk gewählter Gouverneur für seinen Rücktritt keine Genehmigung der Zentralregierung brauche.

Abgesehen von den zwei provinzfremden Sonderstädten Taipei und Kaohsiung (Gaoxiong) sowie den zur Provinz Fujian (Fukien) gehörenden Frontinseln Jinmen (Kinmen) und Mazu (Matsu) an der Südostküste des chinesischen Festlands hat die Republik China zur Zeit nur eine Provinz Taiwan. Sie umfaßt beinahe das gesamte Gebiet und 80% der Bevölkerung der Insel Taiwan. Es bestehen also erhebliche Überschneidungen zwischen der Provinzregierung Taiwan und der Zentralregierung der Republik China seit dem Umzug von dieser nach Taiwan 1949 infolge der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten auf dem chinesischen Festland. Seitdem der Gouverneur Ende 1994 statt durch Ernennung von oben zum erstenmal direkt vom Volk gewählt wurde, tauchten häufig Reibungen zwischen den Regierungen der beiden Ebenen auf, zumal in Finanzfragen. Es wird auch vom persönlichen Machtkampf zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Gouverneur geredet.

Die Entmachtung der Provinzregierung war in erster Linie als Entgegenkommen der KMT gegenüber der DPP gedacht. Die DPP, die die taiwanische Unabhängigkeit von China befürwortet, will eigentlich die Provinz ganz abschaffen, ebenso wie sie auch die Abschaffung der Nationalversammlung und des Kontroll Yuan verlangt. Der auf der Nationalen Entwicklungskonferenz erlangte Konsens sieht vor, die parlamentarischen Befugnisse dieser zwei Organe durch Verfassungsänderung zu schmälern. So sollen die der Nationalversammlung in der Verfassung zugesicherten Rechte von "Initiative" und "Referendum" zur Gesetzgebung, die bislang wegen fehlender Durchführungsgesetze noch nicht in der Praxis angewandt worden sind, eingefroren werden. Auch die Mitglieder der Nationalversammlung sollen nach dem Plan in Zukunft nicht mehr durch Direktwahl von den Wählern, sondern durch Listenwahl von den Parteien bestimmt werden. Was den Kontroll Yuan anbetrifft, so soll er ihm zustehende Rechte wie Amtsanklage (Impeachment) gegen den Staatspräsidenten, Rechnungsprüfung und parlamentarische Unterdienordnung an den Gesetzgebung Yuan

abgeben. Deshalb stieß der Konsens auch auf Ablehnung von vielen Mitgliedern der Nationalversammlung und des Kontroll Yuan. -ni-

*(31)

Eröffnung direkter Schifffahrtsverbindung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße im März/April erwartet

Zwischen der taiwanesischen "Taiwan Straits Shipping Association" (TSSA) und der "Association for Shipping Across the Taiwan Straits" (ASATS) des chinesischen Festlands wurde am 22. Januar in Hongkong ein Dokument zur Realisierung der direkten Schifffahrtsverbindung unterzeichnet.

Wie berichtet (C.a. 1995/5, Ü 35, und 1996/8, Ü 29), hatte Taiwan im Mai 1995 ein "Exterritoriales Schifffahrtszentrum" (ES) in Gaoxiong (Kaohsiung) eröffnet. Danach durften im ersten Schritt nur ausländische Containerschiffe einschließlich derjenigen unter FOC ("flag of convenience") fahrenden, d.h. einheimische Schiffe unter ausländischer Flagge, zwischen Gaoxiong und festlandchinesischen Häfen verkehren. Es ist ihnen weiter nur erlaubt, Güter aus Drittländern nach dem Festland oder umgekehrt beim ES von Gaoxiong umzuladen. Güter von beiden Seiten der Taiwan-Straße können nicht über ES, sondern müssen weiter über eine Drittregion befördert werden. Nach der von Beijing am 20. August 1996 erlassenen Bestimmung über Schifffahrtsverbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße dürfen hingegen nur die auf dem chinesischen Festland oder Taiwan registrierten Reedereien an der direkten Schifffahrt zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße teilnehmen. Sie können allerdings nicht nur Güter, sondern auch Passagiere befördern.

Die Vorschriften beider Seiten weichen also weit voneinander ab. Während Taipei von seinem politischen Standpunkt "ein chinesischer Staat, zwei gleichberechtigte politische Gebilde" aus die Schifffahrtsverbindung zwischen beiden Seiten als "quasi internationale" Angelegenheit ansieht, ist Taiwan für Beijing eine Provinz der VR China und die Schifffahrtsverbindung zwischen beiden Seiten damit eine Sonderregelung des "inländischen" Verkehrs. Diesen Gegensatz haben die TSSA und die ASATS als private Schifffahrtsverbände bei ihren Verhandlungen in Hongkong auch nicht überbrücken können. Die Vereinbarung beinhaltet nur die Über-

prüfung der Eignung von Schiffen für die Teilnahme am Schifffahrtsverkehr zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße und die Behandlung sonstiger damit in Zusammenhang stehender Fragen technischer Art. Die endgültige Lizenz muß noch von den Behörden beider Seiten erteilt werden.

An den Verhandlungen in Hongkong nahmen auch Regierungsvertreter beider Seiten als "Berater" teil, haben aber das Protokoll nicht mit unterschrieben. Während Beijing die Vereinbarung als "Probe direkter Schifffahrt zwischen bestimmten Häfen" (Xiamen, Fuzhou und Gaoxiong) bezeichnet, will Taiwan sie nicht als "direkte" Schifffahrtsverbindung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verstehen. (LHB, 23.1.97; FCJ, 24. und 31.1.97; DGB, 24.1.97) -ni-

Hongkong und Macau

*(32)

"Kabinett" der künftigen Regierung Hongkongs gebildet

Der designierte Regierungschef (Chief Executive) von Hongkong, Tung Chee-hwa (Dong Jianhua), hat am 24. Januar elf Mitglieder des Exekutivrats (Executive Council) der künftigen Regierung Hongkongs nach der Rückkehr an China ernannt (die britische Kolonie wird in vier Monaten, am 1. Juli d.J., an China zurückgegeben). Wie berichtet (C.a. 1996/12, S. 1161ff), hatte ein von der chinesischen Seite eingesetztes Auswahlkomitee den Reedertycoon Tung zum ersten Regierungschef der Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong unter chinesischer Souveränität gewählt. Der Exekutivrat, den man auch als "Kabinett" bezeichnet, hat nur eine Beratungsfunktion. Abgesehen von den ex-officio-Mitgliedern haben die ernannten Mitglieder kein Ressort. Insgesamt wird es im künftigen Exekutivrat unter Tung 15 Mitglieder geben. Neben ihm als Ratsvorsitzendem wird es noch drei ex-officio-Mitglieder geben. Da die amtierende Chief Secretary Anson Chan (Chen-Fang Ansheng) von Tung gebeten wurde, in diesem zweithöchsten Amt von Hongkong zu bleiben, soll sie selbstverständlich auch ex-officio-Mitglied des Rats sein.

Unter den 11 ernannten Mitgliedern des Exekutivrats sind zwei im jetzigen Exe-